

Zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen,
gehalten am 21. Dezember 2011

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

mit dem heutigen Tag nähern wir uns dem befriedigenden Ende eines sehr langen und manchmal extrem gewundenen Weges. Ich gehöre zu denjenigen hier im Landtag, die sich noch an die Anfänge erinnern – an die Gespräche zur Integrationsoffensive 2001 und dann ganz intensiv in der parlamentarischen Arbeitsgruppe „Islam-Dialog“, der ich vorsitzen durfte. In diesem Kreis waren wir uns immer einig, dass die Art und Weise, wie die wachsende Zahl von jungen Muslimen in unserem Land ihre Religion begreifen, ein wichtiger Schlüssel zu ihrer Integration in unsere Gesellschaft sein würde. In Nordrhein-Westfalen leben rund 1,5 Millionen Menschen, die sich zu einer der verschiedenen Glaubensrichtungen des Islam bekennen. Darunter sind über 320.000 schulpflichtige Kinder und Jugendliche. Das braucht man weder zu beklatschen noch zu bedauern, das ist einfach so. Mit dieser Tatsache muss man umgehen. Heute haben das die meisten begriffen.

Ich wollte und will immer noch, dass möglichst viele der Musliminnen und Muslime, die dauerhaft in unserem Land leben, die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, sich zu unserer Verfassung bekennen und ihren Beitrag dazu leisten, dass Deutschland, dass Nordrhein-Westfalen auch noch in der Zukunft blüht. Das verlangt viel von den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Denn von den hier Geborenen unterscheiden sie sich in mancherlei Hinsicht. Wenn es Zuwanderer der ersten Generation sind, mussten sie ihre Nation hinter sich lassen, ihr soziales Umfeld und

die damit verbundenen Traditionen, und auch ihre Kultur können sie nicht eins zu eins auf Deutschland übertragen. Und von den hier Geborenen erwarten wir, dass sie teilweise mit dem brechen, was für ihre Eltern und Großeltern die Norm war. Wer hier dauerhaft leben will, muss und soll Zugeständnisse machen. An der Frage des islamischen Religionsunterrichts kann man erkennen, ob wir beim Geben und Nehmen – und nichts anderes ist erfolgreiche Integration – auf dem richtigen Weg sind.

Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes an deutschen Schulen – und ich sage hier zum einhundertsten Mal: eines Religionsunterrichtes durch an deutschen Hochschulen ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, eines Religionsunterrichtes nach deutschen Lehrplänen und unter deutscher Schulaufsicht – die Einführung eines solchen Religionsunterrichtes ist fair gegenüber den Menschen islamischen Bekenntnisses, die in unserem Land leben, und es liegt gleichzeitig im Interesse unserer Gesellschaft, unseres Staates. Fairness und wohlverstandenes Eigeninteresse gehen hier Hand in Hand. Ich will das begründen.

Die Fairness zuerst: Unser Staat achtet auf die Trennung von Staat und Kirche, aber er ist kein laizistischer Staat. Er steht ein für Glaubensfreiheit und organisiert in seinen Schulen Religionsunterricht für Religionsgemeinschaften, die gewisse formale Voraussetzungen erfüllen und die eine bestimmte Mindestgröße erreichen. Bei allen Problemen im Detail, die es beispielsweise erschweren, den Islam nach diesen Maßstäben zu messen, so ist doch unstrittig, dass wir denen, die in diesem Glauben leben, das zugestehen, was wir auch anderen zugestehen. Auch haben wir die berechnete Erwartung an Menschen mit muslimischem Bekenntnis, dass sie sich mit unserer Gesellschaft, mit unserem Staat identifizieren. Dann aber – und das ist wirklich ein Gebot der Fairness – müssen wir auch Angebote machen, wie diese Identifikation gehen kann. Ein solches – und ich meine alternativloses – Angebot ist der islamische Religionsunterricht. Und ich wiederhole jetzt nicht, zu welchen Bedingungen er stattfinden

muss. Jedenfalls zeigen die Ergänzungen im Gesetzeswortlaut und der Entschließungsantrag, wie genau alle am Diskussionsprozess Beteiligten gearbeitet haben.

Als zweites unser wohlverstandenes Eigeninteresse: Dazu bedarf es zunächst einer kurzen Antwort auf die Frage, warum es in unserem Land überhaupt Religionsunterricht gibt, denn der Religionsunterricht ist keine Bringschuld des Staates. Er ist eine staatliche Begünstigung für Religionsgemeinschaften. Wer in diesen Genuss kommen will, der muss nachweisen, dass er für die Verfassungsordnung als Werteordnung einsteht. Zentral ist dabei die Anerkennung der Grundrechte und auch die Anerkennung der religiösen Neutralität des Staates und auch des Rechts eines jeden einzelnen, die Religionsangehörigkeit aufzugeben. Dass die vom Staat begünstigten Religionsgemeinschaften sich in diesem Sinne einlassen, ist unser ureigenstes Interesse. Denn nur so können wir verhindern, dass sie sich in Parallelwelten zurückziehen. Nur so können wir verhindern, dass neben unserem demokratischen und freiheitlichen Wertesystem konkurrierende Systeme entstehen. Ein unter Aufsicht des Staates erteilter Religionsunterricht ist – wie es jüngst in einer großen Tageszeitung zu lesen war – ein „subversives Programm“, das auf die Einbindung von religiösen Wertesystemen in unsere demokratische Grundordnung zielt. Es wirkt gegen Fundamentalismus und religiöse Abschottung. Und vor allem wirkt es gegen blinden religiösen Eifer, weil es auf einen reflektierten, vom Verstand verantworteten Glauben zielt. All das hat nichts mit blauäugiger Menschenfreundlichkeit zu tun. Es ist schlicht und einfach wohlverstandenes Eigeninteresse.

Wenn das in der Theorie alles so klar ist, warum tun wir uns dann so schwer, flächendeckend islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen anzubieten? Der Rückschläge waren in der Vergangenheit viele, und Hindernisse gibt es immer noch zahlreiche. Ich will sie nicht alle aufzählen, aber einige Anmerkungen will ich schon machen. Dabei will ich

vorausschicken, dass ich mich hineinfühlen kann in diejenigen, die – geprägt durch ihr eigenes christliches Bekenntnis – dem Angebot an unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zunächst einmal skeptisch gegenüber stehen. Sie erleben unsere Gesellschaft als eine Gesellschaft, in der das Religiöse rasend schnell an Bedeutung zu verlieren scheint, und den Islam erleben sie als eine Kraft, die dort an Bedeutung gewinnt, wo bisher christliche Werte dominierten. Ihnen kann ich nur sagen: Ja, ich verstehe eure Sorgen. Aber bedenkt bitte zweierlei: Als monotheistische Religion mit abrahamitischen Wurzeln ist der Islam in vielerlei Hinsicht dem Gott des Alten Testaments verpflichtet. Er speist sich aus ähnlichen Quellen wie das Christentum. Das, was ihn vom Christentum unterscheidet, hat vielfach kulturelle und nicht religiöse Gründe. Und da, wo er politisch instrumentalisiert und weltanschaulich gefährlich wird, da hat er nicht sein Herz.

Und ein zweites Argument: Verstehen Sie den Islam in seiner aufgeklärten Form doch als einen Verbündeten! Er ist denen, die an Gott glauben, vielfach näher als all die Weltanschauungen, die ihn leugnen.

Für andere Gegner eines islamischen Religionsunterrichts in der Form, in der wir ihn wollen, habe ich weniger Verständnis, nämlich für diejenigen, die ihn ablehnen, weil sie generell keinen Religionsunterricht an unseren Schulen wollen. Ich bekenne mich hier ganz ausdrücklich zu unserer Verfassung. Dieser Staat ist in Religionsfragen neutral, aber Religionsunterricht an den staatlichen Schulen, unter staatlicher Aufsicht ist gewollt. Die, die das nicht möchten, stehen für einen laizistischen Staat. Ich tue das nicht. Denn ich glaube, dass es unserem Gemeinwesen gut tut, wenn es diejenigen unterstützt, die nicht nur auf Zweckmäßigkeit und auf das Hier und Jetzt starren.

Gegner des Islamunterrichts, die ich nicht akzeptiere, sind auch diejenigen, die ihn nicht wollen, weil wir auf diesem Weg in die schönen dunklen Nischen hineinleuchten, in denen jene religiöse Unterweisung stattfindet,

die oft nicht mehr ist als ein Programm, das die Verachtung der Früchte der Aufklärung predigt. Mich wundert nicht, dass hier besonders militante Gegner sitzen.

Und schließlich gibt es noch diejenigen – meist sind das Funktionäre – die einen islamischen Religionsunterricht, so wie wir ihn wollen, ablehnen, weil sie ihre Loyalität eher bei staatlichen und halbstaatlichen Stellen außerhalb Deutschlands sehen. Da ist so mancher gebunden – durch Weisungen, die nicht aus Deutschland kommen. Und er erkennt natürlich, dass ein islamischer Religionsunterricht unter staatlicher deutscher Aufsicht dieses ins Ausland führende Band zerschneiden würde. Wer so denkt, will den islamischen Religionsunterricht, so wie wir ihn wollen, nicht. Ihn verstehe ich, aber ich bin sein Gegner.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Angebot einer Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen in Deutschland geht – und das betone ich ausdrücklich – an die Grenzen dessen, was rechtlich überhaupt machbar ist. Die Akzeptanz eines Beirates als entscheidenden Gesprächspartner, weil es eben „die“ islamische Kirche oder „die“ islamischen Kirchen nicht gibt, ist ein großes Zugeständnis. Und es gibt auch die eine oder andere Rechtsunsicherheit dort, wo die Kontroll- und Durchgriffsrechte bei der Lehrerausbildung potenziell mit der unumgänglichen Freiheit von Forschung und Lehre kollidieren könnten. Die hier angelegten Schwierigkeiten nehmen wir sehenden Auges in Kauf, weil Integration gelingen muss. Dafür müssen viele Felder erfolgreich bestellt werden. Die Religion ist eines von ihnen, und auf diesem Feld ist der Religionsunterricht vielleicht die entscheidende Frucht. Deshalb müssen wir uns unserer Verantwortung stellen. Wir sollten alle gemeinsam dazu bereit sein!

Bitte lassen Sie mich zum Schluss noch auf das Weihnachtsfest eingehen, das wir in wenigen Tagen feiern. Für viele Menschen in unserem Land ist es eines der höchsten Feste im Jahreslauf. Im Kind in der Krippe fei-

ern Christinnen und Christen die Menschwerdung Gottes. Die Botschaft dieses Festes ist mit dem festen Wunsch nach andauerndem Frieden für alle Menschen verbunden. Auch Musliminnen und Muslime lässt das Weihnachtsfest nicht unberührt. Aus dem Koran, der heiligen Schrift des Islam, kennen sie „Jesus, den Sohn Marias“ als einen Propheten Gottes. Die neunzehnte Sure des Korans (mit dem Namen Maria) hat die Ereignisse um die Geburt Jesu zum Thema. Der Koran lässt das Kind zu den Menschen sprechen: „Friede sei über mir am Tag, da ich geboren wurde“ (Sure 19:33). Aus diesem Grund können Musliminnen und Muslime durchaus etwas mit Weihnachten als dem Fest der Geburt Jesu anfangen. Viele von ihnen gratulieren den nichtmuslimischen Nachbarn zum Fest und wünschen ihnen alles Gute. Wie das Fest zum Ramadanende ist auch das Weihnachtsfest zu einer Gelegenheit geworden, über Glauben und Leben miteinander ins Gespräch zu kommen. In meiner Heimatstadt Siegburg hat es einmal in der Moschee eine Veranstaltung zum Thema des Weihnachtsfests und seiner Bräuche gegeben. Das geschah in einer sehr anschaulichen Weise: Eine Krippe wurde in der Moschee aufgebaut – so etwas ist möglich, wo man das Gespräch miteinander sucht und pflegt. Das Kind in der Krippe hat natürlich im muslimischen Verständnis eine andere Bedeutung als im christlichen. Jesus ist und bleibt für Muslime ein Mensch. Neben Gemeinsamkeiten gibt es eben auch Unterschiede im Glauben, die zum Selbstverständnis der Religionen gehören. Der angestrebte islamische Religionsunterricht wird jedenfalls einen wichtigen Beitrag für die Gestaltung eines friedlichen Miteinanders liefern.

Ich freue mich über den heutigen Tag und danke allen, die an dieser Brücke zum ehrlichen Miteinander mitgebaut haben.